

Aktueller Stand und Zukunft der grenzüberschreitenden Kooperation INFOBEST am Oberrhein

Plenarsitzung vom 15. Juni 2015

Der Oberrheinrat in seiner Plenarsitzung am 15. Juni 2015 und auf Vorschlag der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt:

1. betont die Bedeutung der grenzüberschreitenden Kooperation am Oberrhein für eine erfolgreiche Entwicklung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes, auch mit Hinblick auf den sich abzeichnenden Fachkräftemangel,
2. betont die Bedeutung des Netzwerks der vier grenzüberschreitenden Informations- und Beratungsstellen (INFOBEST) am Oberrhein als Ergänzung zur politischen Ebene der Kooperation,
3. erkennt an, dass die Spezialisierung in grenzüberschreitenden Fragen es den INFOBESTen ermöglicht, bereits früh auf Veränderungen mit Auswirkung auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zu reagieren und die daraus gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen ihrer Beratungen zeitnah weiterzugeben,
4. hält fest, dass das Dienstleistungsangebot dieser Einrichtungen zur Förderung der beruflichen Mobilität am Oberrhein beiträgt,
5. hält fest, dass diese Förderung sowohl auf wirtschaftlicher, wie auch auf administrativer Ebene positive Auswirkungen hat,
6. hält fest, dass von diesen positiven Auswirkungen nicht nur die direkt betroffenen Gebietskörperschaften, sondern die grenzüberschreitenden Regionen und die Wirtschaft insgesamt profitieren,
7. setzt sich dafür ein, dass vor dem Hintergrund der positiven Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Raum die Kofinanzierung der Einrichtungen möglichst breit abgestützt sein soll,
8. stellt fest, dass vor dem Hintergrund der positiven Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt eine Ausweitung der Kooperationspartner und damit eine breitere politische Abstützung der INFOBESTEN anzustreben ist.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- die Landesregierung Baden-Württemberg
- die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- die Regierung der Französischen Republik
- die Région Alsace, die Départements Haut-Rhin und Bas-Rhin
- die Nordwestschweizer Regierungskonferenz

